

Hintergrund



Pride-Parade in Budapest im Jahr 2022. Am Sonnabend soll die nächste Parade stattfinden, obwohl sie verboten worden ist.

FERENC ISZAF/AFIP

Das Pride-Verbot und der Netflix-Effekt

Junge Ungarn durchschauen die Staatspropaganda von Viktor Orbán. Der hat die LGBTQ-Community zum Feind erklärt

CEDRIC REHMAN

Mónika Magasházi hat keine Angst. Die Transaktivistin will am 28. Juni bei der von der ungarischen Regierung verbotenen Budapest Pride mitmarschieren. Die Regierung von Viktor Orbán kündigt Kameras mit Gesichtserkennungssoftware überall in der Innenstadt zur Erfassung der Teilnehmer an. Es drohen Geldstrafen bis zu 500 Euro. Magasházi will sich auch nicht verkriechen, sollte die Polizei keinen Kordon zum Schutz vor Gegendemonstranten um die Marschierenden bilden. Das hatten die Ordnungskräfte seit der ersten Pride in Budapest 1997 immer getan.

Die ungarische Polizei verkündete das Verbot der Pride und die Umsetzung des entsprechenden Gesetzes. Budapests linksliberaler Bürgermeister Gergely Karácsony will sich widersetzen. Er erklärte die Schirmherrschaft der Hauptstadt für die verbotene Kundgebung und betonte, die Pride werde wie geplant gefeiert. Der Ausgang des Manövers ist ungewiss. Der Verein Budapest Pride hält sich bedeckt. Details zur Kundgebung sollen erst wenige Tage vor der Demonstration bekannt gegeben werden.

Weniger Versammlungsfreiheit

Prügel von Gegendemonstranten und Spucke fremder Menschen im Gesicht, das halte sie aus, sagt Magasházi. Die Transaktivistin wird auch ihren YouTube-Kanal nicht aufgeben. Sie klärt dort über Transidentität auf. Ein neues sogenanntes Transparenzgesetz könnte sie bald als ausländische Agentin brandmarken. Ein einziger User aus dem Ausland, der ihren Kanal abonniert, genügt dafür. Es drohen saftige Strafen. Ungarns Parlament will das Gesetz noch vor dem Herbst verabschieden.

Viktor Orbán hielt im Februar im Burggarten von Budapest eine Rede zur Lage der Nation. Er kündigte einen „Frühjahrsputz“ bis Ostern an. Ungarn solle von „Pseudo-NGOs“ und „gekauften Journalisten“ gereinigt werden. Er sprach von „Wanzen“, die liquidiert werden müssten. Eine weitere Ansage ließ aufhorchen. Die Organisatoren der Budapest Pride brauchten sich nicht die Mühe machen, in diesem Jahr den LGBT-Marsch vorzubereiten, erklärte Orbán.

Im ungarischen Parlament ging es nach Orbáns Rede Schlag auf Schlag. Die Regierungspartei Fidesz verabschiedete im März ein Gesetz zur Einschränkung der Versamm-

lungsfreiheit im Interesse des Jugendschutzes. Jeder verstand, was gemeint war. Eine Pride sollte es in Ungarn nicht mehr geben.

Fidesz brachte wenige Wochen später das Transparenzgesetz ins Parlament ein. NGOs und Medien, die auch nur geringfügige Unterstützung aus dem Ausland erhalten, sollen künftig von einer 2023 gegründeten Souveränitätsbehörde überprüft werden. Sie entscheidet, ob Spenden aus dem Ausland angenommen werden dürfen. Landet ein Medium oder eine Organisation auf der Liste des Amtes, dürfen Spender aus dem Inland Zuwendungen nicht mehr von der Steuer absetzen. Das Gesetz legt die Finanzquellen kritischer Medien oder Organisationen trocken. Sie leben im Wesentlichen von Spenden aus dem In- und Ausland.

Das ungarische Parlament verabschiedete im April außerdem eine Verfassungsänderung. In Ungarn werden Menschen als Frau oder Mann definiert. Transfrauen wie Mónika Magasházi existieren in Ungarn per Gesetz nicht mehr.

Magasházi erinnert sich an eine Bank außerhalb eines Einkaufszentrums in Budapest an die schwarzen Autos des stalinistischen Geheimdienstes ÁVH in der Zeit vor dem Volksaufstand in Ungarn 1956. Wer einsteigen musste, kam selten wieder. „Solange kein schwarzes Auto vor meiner Tür steht, gebe ich nicht auf“, sagt sie. Dabei habe sie 2020 überlegt, Ungarn zu verlassen, erzählt die Aktivistin. Damals verbot das ungarische Parlament die Veränderung des Geburtsgechlechts. Magasházi hatte das Pech, dass ihr Angleichungsprozess noch nicht beendet war. In ihren offiziellen Dokumenten blieb sie Mann. Die Aktivistin entschied, in Ungarn zu bleiben und sich für ihre Community einzusetzen.

Magasházi schildert, wie es ist, wenn sie etwa am Flughafen ihre Dokumente zeigen muss. Der männliche Name passt nicht mehr zu ihrem Äußeren. Vor einiger Zeit habe ein Briefträger ihr ein Einschreiben aushändigen wollen. „Der Arme wusste gar nicht, was er tun sollte“, sagt sie. Menschen wie sie erscheinen in staatlichen Nachrichten als Gefahr für die Nation. „Ich kann das ignorieren, aber viele können das nicht“, erklärt sie.

Sie berichtet, wie besonders junge Transmenschen in Ungarn daran zerbrechen, dass es sie nach dem Gesetz gar nicht gibt. Eine kleine Zahl an Ärzten dürfe immer noch die geschlechtsangleichende Therapie vornehmen. Immer mehr Transmenschen ruinierten aber

ihre Gesundheit mit Hormonen zweifelhafter Herkunft. Was sei dagegen schon fremde Spucke im Gesicht oder eine Geldstrafe?

Zoltan Miklosi, Professor der Politikwissenschaft an der Central European University (CEU), ist Forscher im Exil. Die ungarische Regierung entzog 2018 der von dem ungarisch-amerikanischen Milliardär und Philanthropen George Soros 1991 gegründeten Privatuniversität die Lehrlizenz. Die CEU zog mit Lehrkräften und Studierenden ein Jahr später nach Wien.



Transaktivistin Mónica Magasházi marschiert am 28. Juni mit. C. REHMAN (2)

Miklosi genehmigt sich einen Kaffee in einem Bistro unweit seines früheren Arbeitsplatzes. Wenn er in Budapest ist, nutzt er gerne die Ruhe und Kühle der CEU-Bücherei, um zu arbeiten. Sein eigener Gemütszustand erscheint eher angespannt. Ungarn drohe eine Staatskrise, fürchtet er.

Zwei Züge rollten vor der Parlamentswahl im kommenden Frühjahr aufeinander zu. Der neue Hoffnungsträger der Opposition, der 2024 aus Orbáns Fidesz ausgetretene Oppositionsführer Péter Magyar, steuere kraftvoll in Richtung Wahlsieg. Der ehemalige Fidesz-Politiker stehe für einen Wandel, der Konservative mitnehme. Prominente wie die Operndiva Andrea Rost bekennen sich zu Magyar.

Miklosi nennt den 44-jährigen, jung und sportlich wirkenden Politiker mit blondem Bürstenhaarschnitt einen Menschenfänger. Er tourte im Frühjahr durch das Land und ging auf Tuchfühlung mit einfachen Bürgern, erzählt Miklosi. „Das konnte Orbán auch einmal gut.“ Der wie noch nie herausgeforderte Ministerpräsident stemme sich Magyar mit aller Macht entgegen.

„Was wir derzeit erleben, ist nicht normal, nicht einmal für einen Viktor Orbán“, sagt Miklosi.

Der Ministerpräsident hat seine Verhandlungstaktik gegenüber der EU einmal selbst beschrieben. Er plustere sich auf wie ein Pfau und beobachte, wie Brüssel reagiere. Dann treffe er Entscheidungen. Statt im Pfautanz mit Brüssel übt sich Orbán seit Magyars Aufstieg zum Umfragenkönig und Sieger der Europawahl 2024 im Frontalangriff.

Mögliche Sanktionen der EU, selbst der angedrohte Entzug des

Miklosi. Nach der Eröffnung des EU-Verfahrens nach Artikel 7 schränkte Brüssel Zahlungen an Budapest ein.

Zu Orbáns Unglück kommt Pech hinzu. Die Wirtschaft leidet unter Nullwachstum und Inflation. 2023 lag sie bei rekordverdächtigen 17 Prozent. Die Bevölkerung klagt über Mängel in der Gesundheitsversorgung, im Schulwesen oder bei der ungarischen Bahn. Orbán reagiere auf Krisen immer mit Angriff, sagt Miklosi. In den vergangenen Jahren waren Migranten, der liberale Philanthrop Georg Soros, Brüssel und die Ukraine Gegenstand von Kampagnen. Jetzt sei die LGBT-Community das Ziel. Doch die bewährte Methode habe sich abgenutzt, sagt Miklosi. Der Öffentlichkeit blieben Widersprüche nicht verborgen.

Während die ungarische Regierung Gesetz nach Gesetz erließ, um Kinder und Jugendliche vor angeblicher LGBT-Propaganda zu schützen, erschütterte ein Skandal um Kindesmissbrauch die Regierung. Die Staatspräsidentin und Orbán-Vertraute Katalin Novak trat 2024 zurück. Sie hatte den stellvertretenden Leiter eines katholischen Kinderheims bei Budapest begnadigt, der sexuellen Missbrauch deckte. Auch die Justizministerin und Ex-Frau Peter Magyars, Judit Varga, legte alle politischen Ämter nieder.

Orbáns Zentralbankchef György Matolcsy geriet ebenfalls ins Visier von Ermittlern. Er soll umgerechnet 1,25 Milliarden Euro an Staatsvermögen veruntreut haben. Regierungsmitglieder werden in der Öffentlichkeit wegen eines ausschweifenden Lebensstils verspottet.

Kabinettschef Antal Rogán steht nicht nur wegen Korruption auf einer Sanktionsliste der USA. Er trägt auch den Spitznamen „Luxus-Toni“. Selbst Fidesz-Wähler bemerkten, dass die selbsternannten Kämpfer gegen die Eliten in der Regierung mitten in einer Wirtschaftskrise nicht durch Bescheidenheit auffallen, sagt Miklosi.

Für Orbán stehe viel auf dem Spiel. Bei einer Niederlage drohten Verfahren wegen Korruption und Machtmissbrauchs. Es sei deshalb kaum zu erwarten, dass Orbán eine verlorene Wahl hinnehmen werde. „Ich glaube, er wird alles auf Sieg setzen. Und so wie die Umfragen aussehen, muss er dafür Magyar aus dem Rennen nehmen“, vermutet der Politikwissenschaftler. Selbst eine Verhaftung des Oppositionsführers hält Miklosi für möglich.

Peter Magyars Popularität nahm in einer Jugendstilvilla eines Budapest Kaufmanns aus dem Jahr

1904 ihren Anfang. Der 2018 gegründete YouTube-Sender Partizan hat in den Räumen mit hohen Stuckdecken Quartier bezogen. Der Sender bot Magyar im Februar 2024 die Möglichkeit, seine Abrechnung mit Orbán öffentlich zu machen. Mehr als zwei Millionen Aufrufe im Monat verzeichnet der Kanal nach eigenen Angaben. Ungarn hat knapp 9,5 Millionen Einwohner.

Miklosi glaubt, dass das neue Mediengesetz vor allem den Sender Partizan treffen soll. Chefredakteur Bálint Fabók kommentiert das nicht. Aber er sprüht vor Tatendrang: „Die nächsten Monate vor den Wahlen werden die spannendsten meiner Laufbahn als Journalist und vielleicht meines Lebens.“

Streaming statt Staatsfernsehen

Fabók lässt sich nicht in die Karten schauen, wie sein Sender überleben könnte unter dem neuen Mediengesetz. Er verweist auf die Treue der Partizan-User und liefert eine Erklärung für das Gesetz gleich mit. Orbán habe Angst bekommen vor der Macht der unabhängigen Medien. „Sie gehen einen Schritt gegen uns vor und wir reagieren mit Innovation und werden besser“, sagt er.

Etwas ändert sich in Ungarn, und nicht nur die unabhängigen Medien schwimmen auf einer neuen Welle. Auch die Gesetze gegen angebliche LGBT-Propaganda scheinen eine gegenteilige Wirkung zu erzielen. Die Organisation Háttér ermittelt in Umfragen die Akzeptanz für Nicht-heterosexuelle in Ungarn. Ihnen zufolge befürworten knapp 60 Prozent der Ungarn die Ehe für alle. Knapp 70 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Schwule und Lesben gute Eltern sein könnten. Noch vor wenigen Jahren ergaben Umfragen ein anderes Bild.

Der LGBT-Aktivist und Journalist Ádám András Kanicsár spricht von einem Netflix-Effekt. Junge Ungarn sähen lieber Serien mit LGBT-Charakteren auf internationalen Streamingdiensten als das altbackene Staatsfernsehen. Und sie informierten sich auch eher auf YouTube, als zu einer Zeitung zu greifen. Die Propagandamaschine greife zunehmend ins Leere. Kanicsár schreibt für das LGBT-Magazin Humen, das es mit dem neuen Gesetz bald schon nicht mehr geben könnte. Auch Kanicsár glaubt, dass sein Land vor einer Umwälzung steht. „Ich erwarte, dass noch viel mehr Menschen als in den vergangenen Jahren demonstrieren werden“, sagt er. Es gehe nicht mehr um die Pride, sondern um den Stolz der Ungarn. Er werde auf jeden Fall dabei sein.



Journalist Ádám András Kanicsár sagt, es gehe um den Stolz der Ungarn.